

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,  
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Zeitspalt 15 Pfennige.  
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr  
Stettin, Kirchhof Nr. 3.



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 16. November 1880.

Nr. 538.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 15. November.

Präsident v. Kötter eröffnet die Sitzung um 11<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Bitter und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Der Abg. Graf Schilling-Kerssenbrock, Vertreter des Wahlkreises Lüdinghausen-Bedum-Barendorf seit dem Jahre 1873, ist gestorben. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

### Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Beratung des Etats.

Abg. Frhr. v. Huene (Centrum) spricht gegen die Vorlage, indem er zunächst den Etat des Kultusministeriums einer Kritik unterzieht. Dieser Etat wächst in der Höhe der Ausgaben von Jahr zu Jahr mehr an; die Kommunen würden in exorbitanter Weise herangezogen. Ueberall in Ober-Schlesien erheben sich große Schulpaläste, wo früher nur Hütten standen. Die Regierung trete mit immer neuen Forderungen hervor. Es sei endlich Zeit, hier ein Halt zu gebieten. Wohlberachtete Ansprüche der Lehrer würde auch das Centrum nicht zurückweisen; aber fast scheint es, als solle dieses Gebiet fort und fort ein Agitationsgebiet bilden. Für die Katholiken sei der Geistliche in erster Linie Führer des Volks, erst in zweiter Linie Stimme der Lehrer. Die Kosten im Kultusetat würden sich sehr bald vermindern, wenn man sich nur entschließen wolle, den Kultuskampf aus der Welt zu schaffen; zahlreiche Etatspositionen, wie der Schulinspektor etc., würden sofort aus dem Etat verschwinden. — Die Vertriebskosten müßten vermindert werden. Der Etat der Eisenbahnverwaltung erfordert eingehende Prüfung, bis dahin müßte er sich die Entscheidung vorbehalten. Was die Wirtschaftspolitik anlangt, so werde man die Ergebnisse abwarten müssen. Die frühere konnte nicht länger aufrecht erhalten werden. Was den Steuererlaß anlangt, so mag er doch darauf aufmerksam, daß den hohenzollernschen Landen dieser Erlass nicht zu Gute kommen würde, da diese gar keine Klassen- und Einkommensteuer hätten. Diese hätten aber doch ebenfalls Anspruch auf den Steuererlaß. Daß die Regierung zu der Maßregel das Recht habe, gebe er zu, daß sie aber auch die Pflicht habe, wie der Herr Finanzminister behauptet, er zu beweisen. Ihm scheint zu dem Steuererlaß es an jeder materiellen Grundlage zu man- geln. Das Centrum müsse sich auch in dieser Frage die Entscheidung vorbehalten. Die Steuer- reform anlangend, habe der Abg. Richter in sehr einseitiger Weise die Interessen der großen Städte vorangestellt; ohne Ermäßigung der Grund- und Gebäudesteuer sei jeder Steuererlaß ungleichmäßig. Eine Bewandlung kommunaler Selbstständigkeit, die die Richter hinsichtlich der von Kommunalver- bänden zu überweisenden Steuern vorgeschlagen, könne er nicht annehmen. Richter spricht für Ver- weisung des Etats an die Budgetkommission. (Bravo im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode (Cons.) spricht zunächst seine Freude über die verschiedene Haltung des Centrums aus, die eine gemeinschaft- liche Arbeit ermögliche. Richter verlangt die Verwaltung unter dem Ministerium Camphausen. Er erinnert an die erhebliche Steigerung der Aus- gaben im Kultusministerium, dessen Etat ein Mehr von 30 Millionen Mark nachweise. Das sei in 10 Jahren doch eine exorbitante Mehrausgabe. Er erinnert ferner daran, daß unter dem Ministerium Camphausen die laufenden Staatseinnahmen um 35 Millionen sich verringert hätten. Und was die Beliebtheit des Herrn Camphausen bei der Börse anlangt, so habe sich doch bekanntlich die Börse in der Zeit der Milliarden sehr wohl befinden. Rich- ter wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Richter aus Danzig. Dem Herrn Richter er- widert er, daß, wenn derselbe von Staatskassen gesprochen, die Fortschrittspartei schwerlich auf den- selben fahren werde. (Heiterkeit bei den Konser- vativen.) (Abg. Richter ruft: Das soll auch ein Witz sein!) Wenn Herr Richter sich darüber be- klagt habe, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Rede des Herrn Richter gegenüber der des Herrn von Heyden so mangelhaft behandelt habe, so verweise er nur darauf, daß die „Danziger Zeitung“ dem Herrn Richter 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und Herrn von Heyden nur

1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Spalte gewidmet habe. Ein Berliner größeres anständiges Blatt habe einmal einen längeren Vor- trag von ihm mit den Worten erledigt: „Abg. von Minnigerode begeisterte sich für die Regierungs- vorlage“. Den Steuererlaß erachtet die Konser- vative Partei als eine demonstrative Maßregel, als einen Wegwerfer, den diese unterstützen werde. Seine Partei habe Vertrauen zur Reichsregierung, sie ver- traue, daß sich die Versprechungen verwirklichen werden. Richter erklärt sich für das indirekte Steuersystem, das sich auch in Frankreich und Ame- rika bewährt habe. Zu dem Steuererlaß sei die Regierung vollkommen berechtigt gewesen. Dieser Erlass sei um so gemäßigter, als wir in diesem Jahre einen wesentlichen Fortschritt im Extraordi- narium zu verzeichnen hätten, für das 9 Millionen mehr disponibel seien, wie im Vorjahre. Die Kon- servative Partei könne mit gutem Gewissen den Vorschlägen der Regierung zustimmen. Der An- trag Richter steht im Widerspruch mit der allge- meinen Haltung der Fortschrittspartei. Sonst war sie negierend, jetzt positiv, allerdings in der Regi- tion des Erlasses, für dessen Erlass sie keine Sorge trage. Das Volk werde dafür nicht dankbar sein. Bezüglich der Reform der direkten Steuern sei er der Meinung, daß die Kontingentierung der Klassen- steuer das wahre Brotschüssel sei. Die Fort- schrittspartei frage freilich, wo bleibe die Gewerbe- steuer. Ja, den kleineren Handwerkerstand wolle man erleichtern. Der große Gewerbebetrieb solle leer ausgehen. Darauf gingen die Agitationen der Fortschrittspartei hinaus. Wenn Richter gemeint habe, es hätte zu der Einigkeit der Finanzminister des Krieges von 1870—71 nicht bedurft, so wisse er dies zurück. Unsere herrliche Armee habe nicht gekuldet, um dem Abg. Richter zu einer billigen und unangebrachten Rhetorik zu verhelfen. Was die Wirtschaftsreform anlangt, so ständen die Zölle in ihrer Wirkung gegen die Preissteigerungen weit zurück, so beim Petroleum, beim Getreide. Anstatt höherer Löhne hat man von dieser Wirtschafts- politik Brod und Arbeit erwartet. Und in der That habe die Zollpolitik dem armen Mann Arbeit gebracht. Auf der linken Seite wolle man die ein- zelnen Stände dadurch aufreizen, daß man etwas versprochen habe den Arbeitern, den Lehrern, den unzufriedenen Beamten. Es sei das das reine Mädchen aus der Fremde! (Heiterkeit.) Schließ- lich werde das Mädchen aus der Fremde zur Jung- frau von Orleans, das aus der Spitze der Unzu- friedenen in den Krieg zieht (Gelächter). Mit Er- regung von Anstandslosigkeit werde man die Sozial- demokratie nicht bekämpfen, man arbeite damit der Sozialdemokratie in die Hände und werde es noch erleben, daß der „Jungfrau von Orleans“ ein rothes Hemd übergeworfen wird. (Schallendes Ge- lächter.) Herr Richter spreche von Wortbruch! Wen klagt er des Wortbruchs an? — Sie schweigen! (Gelächter. Abg. Richter: Ich schwöre, weil ich zwei Stunden geredet habe! — Große Heiterkeit.) Richter ruft: Ueberzeugung, daß die Regierung mit den bewilligten Mitteln das vorge- setzte Ziel erreichen und Steuererleichterungen schaf- fen wird. Nicht die konservative Partei sei eine Fagittende, sondern die Fortschrittspartei. Die kon- servative Partei repräsentiere den Fortschritt. (Abg. Richter: Nach rückwärts! Große Heiterkeit.) Rich- ter schließt sich in Bezug auf die geschäftliche Be- handlung des Etats den Vorschlägen der Vorred- ner an.

Minister für die Landwirtschaft Dr. Luch- s nimmt aus einigen Äußerungen der Vorredner Ver- anlassung, einige Zahlen des Etats der Forst- und der Domänenverwaltung zu rechtfertigen. Der Auf- schwung in den Holzpreisen sei zwar zum Teil auf Rechnung des letzten strengen Winters zu setzen; es sei aber doch auch beim Holzhandel ein wirklicher Aufschwung bemerkbar. Ihm sei wenigstens in Danzig versichert worden, daß in diesem Jahre das Holzgeschäft ein belebteres gewesen als im Vorjahre. Die erhöhten Holzpreise resultierten zum Teil aus dem erhöhten Holzbedarf in England, jedenfalls aber sei ein Aufschwung auf diesem Gebiete zu kon- statieren. Was die Zuzugpositionen in der Domä- nenverwaltung anlangt, so seien dieselben den thät- sächlichen Verhältnissen durchaus entsprechend. Der Reform einer Braunkohlesteuer stehe er sympathisch gegenüber. Aber die Bedenken, welche dieser Reform entgegenstehen, seien an sich nicht gehoben. Diese Frage werde jetzt eifrig diskutiert, aber in allerklärtester Zeit werde sie noch nicht zu Ende kommen. Der

Minister giebt sodann eine kurze Uebersicht über die Einnahmeverhältnisse des laufenden Jahres. In vielen Provinzen seien zwar die Mittelrenten überschritten; im Großen und Ganzen sei aber in der Roggen- ernte ein Manko zu konstatieren, wenn auch ein er- heblich geringeres als im Jahre 1879. Die Be- hauptung, daß die Höhe der Roggenpreise der ver- änderten Wirtschaftspolitik ihre Ursachen verdanken, sei absolut unzutreffend; die Preissteigerung sei ein- fach eine ganz naturgemäße Konjunktur, die aus der schlechten Ernte resultiert. Der Minister wendet sich sodann zu einigen Äußerungen des Abg. Richter. Die Regierung habe ihr Versprechen in loyalster Weise eingelöst und rechne darauf, daß ihr das Ver- trauen des Landes und der Volksvertretung für diese Maßregel nicht fehlen werde. Im Uebrigen, so schließt der Minister, giebt es Angriffe, auf welche ein Gentleman zu antworten verschmäht, auch wenn er nicht Minister ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda erkennt an, daß es im In- teresse der Regierung und der Landesvertretung liege, die mittelbaren Verheißungen des Gesetzes vom 16. Juni d. J. sobald als möglich in Erfüllung gehen zu lassen. Aber andererseits müsse er doch sagen, daß er dabei nicht von der Voraussetzung ausgegangen, man müsse selbst durch Anleihen einen Steuererlaß decken, zunächst hätte doch das Gleich- gewicht in unserem Etat hergestellt werden müssen. Herr Finanzminister Bitter freilich hat die Zuer- sticht ausgesprochen, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich bereits soweit gebessert hätten, daß dieses Gleichgewicht sehr bald hergestellt sein werde. Herr Bitter habe dieses aber nur aus allgemeinen Betrachtungen hergeleitet, nach seiner (Redners) Meinung sei Niemand im Stande, heute schon die Wirkungen der Wirtschaftsgesetzgebung überschauen zu können. Aus diesem Grunde kann Richter auch dem Antrage Richter nicht zustimmen, denn dieser setze eine dauernde Verbesserung unserer wirtschaft- lichen Zustände voraus und diese sei noch weniger zu konstatieren.

Abg. Hübner: Ich hatte mich eigentlich nicht zum Wort gemeldet; ich muß dem Abg. von Minnigerode aber entgegen, daß ich die Vorlage meines Nachfolgers im Finanzministerium durchaus nicht getadelt habe. Ich bedaure, daß solche Ge- staltungen in der konservativen Partei herrschen und daß solche Wahlsignale (ich spreche das Wort un- gern aus) gegeben werden; freilich haben Sie es damit schon auf 107 Mitglieder gebracht (Rufe 108), nun Sie kommen vielleicht durch solche Re- klame noch zur goldenen 110 (Heiterkeit), aber diese Art von Reklame ist nicht schön. Den Steuererlaß kann ich aus folgenden Gründen nicht befürworten. Man hat den Steuererlaß begründen wollen durch die gesteigerten Mehreinnahmen aus dem Reich und durch die geregelten Ausgaben in Preußen, die die- sen Erlass ermöglichen. Ich glaube aber gar nicht, daß wir vom Reich wirklich Geld überweisen erhal- ten werden. Ich erinnere Sie an die Beträge, die der Reichstag arbiträr aus den neuen Zöllen her- ausrechnete; dieser Ertrag betrug inklusive Tabak- steuer circa 70 Millionen Mark Ueberschuß, betref- fend des Tabaks nahm die Regierung selbst einen sehr geringen Ertrag an, nämlich 40 Millionen Mark, d. h. einige 20 Millionen Mark Ueberschuß über die frühere Einnahme; das sind also im Ganzen präter propter 100 Millionen Mark Mehrein- nahme; nun sind etwa 50 Millionen Mark über die Vorschläge zu erwarten, das Reich hat aber erklärt, es wolle den Einzelstaaten zurückzahlen, was es über 130 Millionen Mark einnehme, denn so viel gebraucht es selbst; also, meine Herren, von diesem geringen Ueberschuß wollen Sie für Preußen 14 Millionen Steuern erlassen? Wenn Sie also auf diese Rechnung einen Erlass gründen wollen, so müssen Sie sich auf Mehrbewilligung gefaßt machen. Der zweite Grund lag in der verbesserten Finanz- lage des Staates; es ist ja nun möglich, meine Herren, und ich glaube auch, daß Derartiges in Preußen eintreten könnte, aber vorläufig ist es noch nicht der Fall, der vorliegende Etat wenigstens ergibt nichts davon und was in einer Reihe von Jahren vielleicht eintreten wird, darüber können wir doch nicht jetzt schon disponieren; vom volkswirtschaft- lichen also wie vom Standpunkt der Vorsicht ist der Erlass von Steuern zu verwerfen; dieselben Be- denken habe ich, natürlich noch dringender, gegen den Antrag des Abg. Richter zu machen. Ich, meine Herren, habe nie gesagt, daß die Ueberschüsse in den Einnahmen zu Steuererlassen zu verwenden

seien. Ich würde Alles, was ich früher gesprochen, verleugnen müssen, wollte ich sagen, daß ich der Ansicht bin, der dem Antrage zu Grunde liegende Gedanke sei richtig; es ist vielmehr dringende Ver- anlassung vorhanden, für stärkere Einnahmen für die Zukunft zu sorgen. Ich bin für die Erleichter- ung der direkten Steuer durch Erhöhung der in- direkten, aber ich will auch hier wie früher die festen Grenzen feststellen haben und das müssen wir abwarten. Wenn wir hier beschließen, daß jeder Pfennig indirekter Steuern zur Verminderung der direkten Steuer verwendet werden soll, so müssen wir doch andererseits genau wissen, woher diese Pfennige kommen sollen. Es muß deshalb eine Person im Land- und Reichstage den betreffenden Körperschaften gegenüber stehen, die lebhaft an den Verhandlungen Theil nimmt und stets in der Lage ist, Aufklärungen in jeder Beziehung zu geben. Wenn man einerseits dem Reichsfinanzminister nicht eine so über große Arbeit zumuthen kann, so weiß ich auch andererseits nicht, ob es möglich sein wird, in der Person des Reichsfinanzministers die Vertretung der preussischen Finanzen zu vereinigen.

Finanzminister Bitter wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hübner. Wenn man meint, daß die Staatsregierung nur das Recht, nicht auch die Pflicht gehabt habe, aus einem Ueberschuß einen Steuererlaß zu schaffen, so stehe ich auf einem anderen Standpunkte. Ich hätte nie einem Verwendungsgesetze in anderem Sinne zuge- stimmt. Ich kann auch nicht dem Verlangen zu- stimmen, den Reichsfinanzminister mit dem preußi- schen Minister in einer Person zu vereinigen. Es wäre hierzu eine Verfassungsänderung nöthig, die ich ad hoc für unzulässig halte. Der Abg. von Huene sagt, daß er wünsche, das Haus möge den Erlass entweder einstimmig annehmen oder einstim- mig ablehnen. Diesen Wunsch halte ich für voll- kommen berechtigt. Ich hoffe, wenn auch nicht auf Einstimmigkeit, so doch auf eine große Majori- tät. In dieser Hoffnung habe ich den Erlass ein- gebracht.

Die General-Diskussion wird hierauf geschlos- sen und die Etats der indirekten Steuern, der di- rekten Steuern, der allgemeinen Finanz-Verwal- tung, der Eisenbahn-Verwaltung, sowie das ge- samte Extraordinarium, das Etatgesetz und der Antrag Richter in die Budget-Kommission ver- wiesen.

Persönlich bemerkt Abg. Richter: Der Herr Landwirtschaftsminister habe seine Behauptungen nicht widerlegt und seine Revanche darin gesucht, auf eine Rede anzuspielen, die er (Abg. Richter), gar nicht im Hause gehalten habe, aber jeder Zeit im Hause zu verketen bereit sei, er müsse dabei stehen bleiben, daß der Minister früher ein radika- ler Freihändler gewesen sei. In seiner parlamen- tarischen Praxis sei dies der erste Fall, in wel- chem Gentlemen vom Ministertische her eine solche Polemik in unbegründeten Behauptungen geführt hätten.

Landwirtschaftsminister Dr. Luch- s: Ich habe immer Anstand genommen, etwas persönlich zu bemerken, weil die Diskussion dadurch wieder eröffnet wird; der Abg. Richter hat mich aber heute zu einer persönlichen Bemerkung veranlaßt. Der stenographische Bericht mit der Rede des Abg. Richter liegt mir nicht vor, ich habe nur münd- lich mit ihm verstanden und danach hat er den zweiten Satz nicht vorgelesen, worin ich gesagt habe: es wäre unmöglich, daß der preussische Mi- nisterpräsident befehlige, was er als Reichsminister gesprochen. Was die weiteren Ausführungen an- belangt, so kann ich nur konstatieren, daß ich nie- mals ein radikaler Freihändler gewesen bin; auf den deutschen Hochschulen, die ich besucht habe, gab es keine freihändlerische Richtung und ich habe mich während meiner parlamentarischen Laufbahn immer als Finanzhändler bestimmt und halte Finanzhändler notwendig, wenn sie schützend auf die deutsche In- dustrie wirken.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Deduktion des Defizits von 1878—79 und 1879—80 (5,006,000 M.)

Der Entwurf geht gemäß einem Antrage des Abg. Frhr. v. Minnigerode gleichfalls an die Budgetkommission.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Inspektion des Abg. von Luch- s. betreffend die Vertriebskosten, etc.



Berathung des Gesetzes betr. die Rentenbanken, und  
Gesetz betreffend gemeinschaftliche Holzungen.  
Schluß 3¼ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 15. November. In diplomatischen Kreisen macht ein vom Sultan dem deutschen Gesandten Grafen Haffelberg in Konstantinopel gegebenes Diner wegen der besonderen Freundschaft, die der Sultan demselben verliehen hat, viel von sich reden. Die Türkei verbannt diesem Staatsmann, der die Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Türkei zu Stande gebracht hat, die Einheit der Aktion bezüglich der griechischen und armenischen Frage, welche letztere nach Ansicht der Türken auf längere Zeit von der Tagesordnung verschwunden ist. Der deutsche Einfluß überwiegt zur Zeit vollständig in Konstantinopel, und der Sultan ist sehr darauf, intime Beziehungen mit der deutschen Regierung unterhalten zu können, deren Rathschläge ihn von der englischen Vormundschaft befreit haben.

— In der griechischen Nationalversammlung hat der Kriegsminister eine detaillierte Auskunft über die gegenwärtigen Zustände der griechischen Armee gegeben, aus denen nur zu deutlich hervorgeht, wie viel noch fehlt, um eine Armee von 60,000 Mann auf Kriegsfuß zu haben. Die Zahl der Männer, die unter Waffen standen, betrug am 28. Oktober in runder Summe 28,000, von denen 10,000 vollständig kriegsmäßig ausgerüstet und 17,000 mangelhaft bewaffnet waren, während dem Rest so ziemlich Alles fehlte. Der Mangel an Instrukteuren machte den Unterricht nahezu unmöglich; die frühere Regierung hatte 2500 alle Soldaten nach Hause zurückgeschickt, was der Organisation der Armee schadet. Um diesen Uebelständen abzuwehren, hat der Kriegsminister mehrere Vorschläge gemacht, welche die alten Offiziere und Unteroffiziere wieder in ihre Grade einfügen sollen. Daß diese Vorschläge angenommen werden, darf heute schon als gewiß betrachtet werden, denn die Kammer hat den Ausführungen der Regierung, daß die griechische Nation einen Selbstmord begehen würde, wollte sie die Rüstungen jetzt einstellen, mit Enthusiasmus zugestimmt.

## Ausland.

Wien, 13. November. Meldungen der „Pol. Korresp.“:

Aus Konstantinopel: Die Pforte hat von Derwisch Pascha ziemlich befriedigende Nachrichten erhalten. Mehrere albanesische Häuptlinge sollen für die Abtretung Dulegnos gewonnen sein, jedoch sei die Stimmung der Massen noch immer feindselig. Die Pforte hat den meisten in Griechenland erscheinenden Zeitungen den Eingang in die Türkei untersagt.

Paris, 13. November. Heute fand die Broschürenverhandlung gegen die Klosterfreunde statt, welche am 5. November bei den Ausweisungen der nicht erlaubten Mönchsorden Kundgebungen gemacht haben. Eine Anzahl von Royalisten machte vor dem Gerichtshofe den Versuch, gewaltfam einzudringen, so daß man sich genöthigt sah, die Thüren zu schließen und die Wache zu verstärken. Als jetzt wurden verurtheilt: Cochin zu einem Monat, Marquis Boishebert, Baron Cassus, Bismont Amelot zu 15 Tagen Gefängniß. Um 6 Uhr herrschte große Aufregung im Justizpalast und in dessen Umgebung.

Diesen Morgen wurde im Stadtviertel Montmartre eine Person verhaftet, die man für Walter, den Mörder des Apothekers Lagrange in der Vorstadt St. Honore, hält, auf den seit einem Jahre gefahndet wird.

Große Vorsichtsmaßregeln wurden im Palais Bourbon und in der Umgebung desselben getroffen. Viele Neugierige waren verweigert, wurden aber durch eine Hecke von Stadtsergeanten zurückgehalten. Der Sitzungssaal der Deputirtenkammer war um 2 Uhr gefüllt. Baudry d'Asson erschien mit Bourgeois vor dem Eingang zur Kammer. Baudry d'Asson sucht nicht einzudringen, sondern umarmt Bourgeois, der zum Sitzungssaal geht, und macht dann auf der Eintrachtsbrücke einen Spaziergang.

Der Ausschuss der Deputirtenkammer über die Eisey'sche Angelegenheit ist für die parlamentarische Untersuchung.

Das legitime Blatt „La Civiltation“ wird wegen Verleumdung des Präsidenten der Republik, des Staatsraths und des Tribunals für Konspiration gerichtlich verfolgt.

Paris, 14. November. Der frühere Konfessionspräsident Freycinet wird dem Senatsnach im Senat sich über die Ursachen seines Rücktritts freimüthig vernehmen lassen, über die von ihm geführten Verhandlungen mit Rom jedoch nur mit Vorbehalt sprechen, im Uebrigen aber dem jetzigen Kabinet seine aufrichtige Unterstützung leisten. Die Kabinetskrisen, welche Freycinet zu einem Werkzeuge ihrer Pläne zu machen gedacht hatten, werden sich in ihm getäuscht haben.

In Digne wurden gestern die „peres gardistes“ ausgewiesen; auch hier mußten die Thüren eingeschlagen werden. Die Ausweisung der Augufliner in Nizza wurde verschoben, weil der Ober des Klosters im Sterben liegt.

Die Rede, die Ferry am Freitag in der Deputirtenkammer hielt und die mit dem Vertrauensvotum der Kammer gekrönt war, ist heute in Paris und in den Departements durch Maueranschlag verbreitet.

Greys gab gestern im Elysee ein Gastmahl, zu dem der Kronprinz von Dänemark nebst Gemahlin, die beiden Präsidenten der Kammern und sämtliche Minister geladen waren.

## Provinzielles.

Stettin, 16. November. Die gestrige Versammlung der Opposition und Bürgerpartei in dem Lohpfeigen Saale in der Oberwieß war überaus zahlreich besucht. In der Vorwahl für die aufzustellenden Kandidaten für die am Mittwoch stattfindende Stadtverordnetenwahl wurden zunächst Herr Badermeister F. Replaff, Apfelallee 35, und Herr Direktor Meyer, Falkenwalderstraße 20, mit großer Majorität aufgestellt. Als dritter Kandidat wurde Herr Brauermeister D. J. Bohrisch von verschiedenen Seiten sehr warm empfohlen. Da in der Versammlung über die Parteistellung desselben indes nicht völlige Klarheit herrschte, so wurde beschlossen, vor der definitiven Aufstellung Herrn Bohrisch um eine Erklärung darüber zu ersuchen. Herr Bohrisch hat dieser Bitte mit größter Bereitwilligkeit entsprochen und in einem und vorliegenden Briefe erklärt, sich der Opposition in der Stadtverordnetenversammlung anzuschließen und mit dieser zur Befestigung der jetzigen Uebelstände mitwirken zu wollen, auch bereit zu sein, eine Wahl im Sinne der Opposition anzunehmen. In Folge dessen wird also Herr Brauermeister D. J. Bohrisch morgen gleichfalls als Kandidat der Opposition und Bürgerpartei aufgestellt werden. Es werden also Stimmzetteln mit den Namen der drei Herren Badermeister Replaff, Direktor Meyer und Brauermeister Bohrisch ausgegeben. Wir richten nun an alle Parteigenossen die Bitte, jetzt auch recht zahlreich zur Wahl zu kommen und für diese 3 Herren ihre Stimmen abzugeben, jede Zersplitterung aber vermeiden zu wollen.

— (Stadtverordneten-Wahl.) Nachdem gestern die Kandidaten der Opposition und Bürgerpartei mit etwa 30 Stimmen über ihre Gegner gestiegen hatten, stieg die Stimmenmehrheit, welche heute für den Kandidaten der Opposition, Herrn Rentier Harenberg, abgegeben wurden, auf über 70 Stimmen. Das heutige Wahlergebnis gestaltete sich also für die Opposition und Bürgerpartei noch bedeutend günstiger als gestern. Herr Rentier Harenberg, der Wahlkandidat der Opposition und Bürgerpartei erhielt 238 Stimmen, der von der bisherigen Majorität der Stadtverordneten aufgestellte Herr Küstnermeister Steidel brachte es nur auf 164 Stimmen. Der Kandidat der Opposition und Bürgerpartei, Herr Harenberg, ist somit gewählt. Das Wahlergebnis ist um so erfreulicher, als dieser Wahlzettel für einen der Bürgerpartei verhältnismäßig ungünstigen gilt. Vor zwei Jahren waren hier die Kandidaten der Bürgerpartei unterlegen; um so bezeichnender ist dieser Umschwung in der Stimmung der Stadt. Hoffentlich erlahmt die Partei nicht in ihrem Eifer, sondern fährt fort, mit stützenden Majoritäten zu siegen.

— Im Stadttheater beginnt Friedrich Haase nächsten Sonnabend ein kurzes Gastspiel in den Stücken: „Sie ist wahnsinnig“ und „Eine Partie Piquet“.

Stettin, 16. November. Der § 36, Theil II. Titel 12 des preussischen Allgemeinen Landrechts bestimmt, daß auf einem Gute, auf welchem eine Schule sich befindet, gewachsene oder gewonnene Materialien, soweit selbige hinreichend vorhanden, zu nothwendigen Schulbauten veräußert werden sollen. Diese Bestimmung setzt, nach einem in Uebereinstimmung mit dem Oberlandesgericht zu Posen ergangenen Erkenntniß des Reichsgerichts, IV. Civilsenats, vom 7. Oktober d. J., voraus, daß beide Arten von Materialien überhaupt vorhanden und in von der Schule beanspruchtem Umfang der Gutsbesitzer nicht entbehren können, und daß die forstwirtschaftliche Benutzung des Gutsvaldes die beanspruchte Entnahme von Bauholz gestattet. Kann beispielsweise der Gutsvald bei forstwirtschaftlicher Ausnutzung alljährlich nicht das zu den nothwendigen Schulbauten erforderliche haubare Holz liefern, so ist der Schulvorstand nicht berechtigt, die zum Schulbau nöthigen Hölzer aus jenem Walde zu entnehmen.

— Wie wir hören, wird am nächsten Montag, dem hundertsten Geburtstage Conradin Kreutzer's, welchem die deutsche Sängerkunst so manchen innigen, mächtig ergreifenden Lied verdankt, vom Sängerkorps des hiesigen Handwerker-Vereins unter gütiger Mitwirkung der Jancovius'schen Kapelle ein großes Solal- und Instrumental-Konzert im Wolff'schen Saale veranstaltet werden, in welchem vorwiegend Kreutzer'sche Kompositionen zum Vortrage kommen sollen. Der Reinertrag wird dem hiesigen Komitee für Gründung eines Beschnitt-Grabdenkmals überwiesen werden.

— Das Restaurant des Garten-Etablissements „Stadtpark“ ist wieder in die Hände des als tüchtigen Wirth bekannten Herrn Eysenhardt übergegangen. Wie wir erfahren, soll auf dem Grundstück ein größerer Saal gebaut werden, damit auch im Winter daselbst Konzerte veranstaltet werden können.

† Tempelburg, 13. November. Am 10. d. M. fand hier selbst der November-Vieh- und Pferde-Markt statt, der Verkehr war nicht sehr lebhaft und ging der Handel im Allgemeinen nur matt. Rindvieh erzielte nur mäßige Preise und wurden Mittelstücke mit 80—120 Mark, gute dagegen mit 120—150 M. bezahlt. Vorgestern wurde hier der große Martini-Krammarkt abgehalten und waren Buben und Krämer in großer Zahl vorhanden, auch fehlte es an Käufern nicht, so daß die Massenmassen hin- und herwogten, doch wurde auch hier von den meisten Verkäufern über geringe Einnahmen geklagt. — Auf dem 3¼ Meilen von hier gelegenen, zu dem Dominium Drachewitz gehörenden

Borwerk sind infolge Bisses eines tollen Hundes mehrere Ferkel an der Tollwuth erkrankt und bereits getödtet, auch soll der Schäfer daselbst seine Kuh an dieser Krankheit eingebracht haben. Wie verlautet, hat Herr Thierarzt Werner aus Barwalde bei dem betreffenden Vieh die Krankheit konstatirt.

Barth, 14. November. Welche Schwierigkeiten bei Sturm und Regen der Verbindung der Orte Jings und Perow mit dem Festlande entgegensteht, zeigte sich heute wieder zur Genüge. Zwei Straßburger Kaufleute waren genöthigt, in Geschäften Jings zu besuchen. Da sich aber kein Fischer dazu herstellte, bei dem herrschenden Sturme sie über den Bodden zu setzen, mieteten sie ein Fuhrwerk, um nach Dersowitz zu fahren, von wo sie nach Timmen-Ort überzusetzen gedachten. Doch gelangten sie nur eine kurze Strecke über Brüggen hinaus. Hinter diesem Dorfe blieb der Wagen im grundlosen Wege stecken und die beiden Reisenden mußten ihre Abfahrt aufgeben. Hoffentlich wird auf dem nächsten Kreistage endlich die Frage einer festen Verbindung mit unserem Vorlande endgültig entschieden werden.

## Bemerktes.

— Wenn gebührt der Arm, der Schwiegermutter oder der Gattin, wenn man sich mit beiden in Gesellschaft befindet? Diese Frage hat vor einiger Zeit der Pariser „Figaro“ in seiner Abtheilung „Echo de Paris“ an seine Leser gestellt und die Nummer vom 10. November bringt eine Reihe von Antworten, die unsern „Knigge“ um ein interessantes Kapitel bereichern. Da rath ein unglücklicher am der „Societäts“ erkrankter Ehemann: „Unter allen Umständen der Schwiegermama. Denn — wenn es das Schicksal will, daß sie ausgeleitet, sich ihr Kleid zerreißt, sich ein Bein bricht, oder überfahren wird: der Schwiegerjohn würde den Schaden zu tragen haben — das wäre entsetzlich.“ Ein entschieden noch sehr junger Ehemann erlaubt sich die schäuderhafte Einwendung: „Wenn es denn die gute Sitte erheischt, in dem gegebenen Fall der Schwiegermutter den Arm zu bieten, so müßte doch jene Periode des Ehelebens, welche gemeinlich der Honeymoon genannt werde, eine Ausnahme gestatten, weil in dieser Zeit die Eitelkeit vor den Eingebungen des Herzens zurückstehe.“ Ein Schläuberger wählt sich einen besonderen Fall, um die Pflicht des Gemahls, den Arm der Gattin zu geben, nachzuweisen. Er meint, wenn man beispielsweise des Nachts aus dem Theater käme, würde die Jugend der Gattin, wenn sie allein ginge, sie möglicherweise Einschlüpfungen aussetzen, da sie niemals besser vernähme, während der Schwiegermutter, Dank ihrer größeren — Erfahrung, die Gefahr, dergleichen zu hören, minder droht. — Der „Figaro“ weiß aber sehr wohl, daß es auch Schwiegermütter ohne solche Reife der Erfahrung geben kann und darum schließt er die Debatte mit der Bemerkung: Der Arm gebührt der Schwiegermutter — unter dem Zugewandniß, versteht sich, daß sie älter ist als ihre Tochter.

— In London gilt es bekanntlich als eine große Ehre, von einer der dortigen alten und reichen Gilden der Fischhändler, der Schnelber und Kleiderhändler zc. zum Ehrenmitgliede erwählt zu werden. Prinzen und Staatsmänner haben diese Ehre angenommen und an den Festtagen der Gilden ihren Dank dafür ausgesprochen. Dieser Tage wurde nun auch die durch ihre große Wohlthätigkeit ausgezeichnete Baronin Burdett-Coutts, die reichste Dame Englands, zum Ehrenmitgliede der Londoner Bandträgergilde (Haberdashers Company) ernannt. Eine solche Auszeichnung ist bisher noch nie einer Frau zu Theil geworden.

## Literarisches.

In der letzterhienenen Nr. 33 des „Deutschen Handels-Archiv“ in Berlin veröffentlicht das Königl. preussische Handels-Ministerium einen wichtigen Bericht über die wachsende Bedeutung des deutschen Handels mit Japan, aus welchem sich z. B. ergibt, daß auf die in Yokohama anfallenden deutschen 20½ Prozent des dortigen Gesamthandels im Jahre 1879 entfallen. Der Berichtsteller berechnet, daß der Werth der in jenem Jahre aus Deutschland bezogenen Waaren etwa 7 Millionen Mark betrug und weist die Abhängigkeit der deutschen Produkte in Japan im Einzelnen nach:

## Viehmarkt.

Berlin, 15. November. Es fanden zum Verkauf: 1691 Rinder, 9046 Schweine, 1084 Kälber, 3412 Hammel.

Rinder, beste Waare zu 60—63 Mark lebhafter, in anderen Qualitäten schwer zu placiren, Prima 51—53, Sekunda 46—48 und Tertia 35—37 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schwein, gedrückter Handel, beste Mecklenburger 58—60, schwere Landschweine 54—56, leichte 49—51 und Rassen 43—46 Mark pro 100 Pfund lebend Gewicht bei einer Laxe von 20 Prozent.

Kalber, in besser Waare schnell zu 50—60 Pf. bezogen, in anderer zu 25—45 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht vernachlässigt.

Hammel, bei 35—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht nur in feiner Qualität gut bezahlt.

## Telegraphische Depeschen.

Eisenach, 15. November. Die Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbelammern nahm ferner die Resolution betreffend das fakultative Verbot der Haltung von Lebewesen für nicht gewerbmäßig gebildete Lehrmeister nach den Beschlüssen des

Reichstages vom 5. Mai d. J. mit einigen Modifikationen an.

Eisenach, 15. November. Die Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbelammern nahm im Verlaufe der Verhandlung einen Antrag auf Errichtung von Gewerbelammern in allen deutschen Staaten an; für Preußen soll eine Gewerbe-Abtheilung innerhalb der Handelskammern errichtet werden. Sodann wurde für den Volkswirthschafts-Rath die Vertretung des Gewerbes beantragt.

Frankfurt a. M., 15. November. Der Kronprinz und die Kronprinzessin trafen heute Vormittag 10 Uhr, von Wiesbaden kommend, infolge hier ein, besuchten die Kunstgewerbeschule, die permanente Ausstellung des mitteldeutschen Kunstgewerbevereins und die Kunstausstellung des Herrn Joseph Meilant. Nachmittags lehrten die hohen Herrschaften wieder nach Wiesbaden zurück.

Pest, 15. November. Unterhaus. Besch. richtete eine Interpellation an die Regierung über die in Klausenburg seitens zweier Offiziere begangenen Ausschreitungen gegen den Klausenburger Redakteur Bartha. Der Minister-Präsident Tisza erklärte unter mehrfachen Unterbrechungen seitens der äußersten Linken, daß allerdings Ausschreitungen vorgekommen seien; der Reichshof habe sofort die Untersuchung eingeleitet, um den Thatbestand der Ausschreitungen festzustellen. Das Militärkommando in Hermannstadt lasse die Angelegenheit durch eine gemischte, aus Militärpersonen und Bürgern bestehende Kommission untersuchen; die Thaten seien bereits verurtheilt. Der Minister versicherte, daß die Schuldigen nach Maßgabe des Resultates der Untersuchung mit erforderlicher Strenge bestraft werden würden, er warne aber davor, wegen Ausschreitungen Einzelner gegen eine ganze Körperschaft aufzureizen. Die Antwort wurde vom ganzen Hause zur Kenntnis genommen. Die Sitzung verlief sehr bewegt.

Agram, 15. November. Die Erdstöße haben sich nicht mehr wiederholt; die Bevölkerung beruhigt sich allmählig, die Bauthätigkeit beginnt.

Paris, 15. November. Das Tribunal von Toulouse hat das legitime Journal „Triboulet“ wegen Verleumdung des Ministers des Innern und des Präsidenten von Toulouse zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 12,000 Francs nebst Zinsen an den Minister des Innern und von 6000 Francs an den Präsidenten verurtheilt.

Rom, 15. November. Die Deputirtenkammer und der Senat beschloßen eine zwanztägige Trauer für den verstorbenen Deputirten Baron Nicajoli.

Die Deputirtenkammer nahm das Devisations-gesuch der beiden Deputirten Garibaldi nicht an, bewilligte denselben aber einen dreimonatlichen Urlaub. Von Seiten des Ministeriums wurden verschiedene Gesetzentwürfe vorgelegt, darunter auch einer betreffend die Aufhebung des Zwangs-kurses.

Rom, 15. November. Der König und die Königin sind heute hierher zurückgekehrt und von den Ministern und den Spitzen der Behörden empfangen worden.

Ein Urtheil des Appellgerichtes bestätigt, daß die Güter der Kongregation der Propaganda veräußert werden sollen.

London, 15. November. Aus Teheran wird gemeldet, die Kurden in der Umgegend der Stadt Soojbulagh hätten sich unterworfen und der Kurdenführer Hamzah Agha wäre unweit Urumiah in Gefangenschaft gerathen. Taimar Pascha soll eine Position des Scheich Obeidullah bei Urumiah genommen haben, worauf der letztere 15 Meilen zurückgegangen sei.

London, 15. November. Dem heutigen Kabinettsrathe wohnten sämtliche Minister bei, mit Ausnahme des Staatssekretärs des Krieges, Gylbers, und des Kanzlers des Herzogthums Lancaster, Bright.

London, 15. November. (B. Tgl.) Der Zwiespalt im Kabinete wegen der Behandlung der irischen Frage tritt immer schärfer in die Erscheinung. Die Minister Chamberlain und Bright widersprechen sich nämlich jetzt sogar Gladstone's Erklärung von letzter Woche, wonach die Wiederherstellung der Autorität des Gesetzes allen Verbesserungs-Gesetzen vorhergehen müsse. Der radikal-fingige droht Abfall von der liberalen Partei, wenn irgend welche Repressiv-Maßregel vor dem Reformgesetz für die Landfrage eingebracht würde. Wahrscheinlich wird Gladstone bei gemäßigten Männern, halb Whigs, halb konservativen, wie Derby, Dilke gegen die Radikalen suchen. Auf „Boycott's Farm“ und Umgegend sind die Zustände noch immer gefährlich, wenigstens der Bürgerkrieg noch nicht in hellen Flammen ausgebrochen ist. Dabei sind Nord und andere Agrar-Verbrecher fortgesetzt in Uebung, selbst unschuldige Menschen kommen dabei ums Leben.

Petersburg, 15. November. Der bereits mitgetheilte Urtheilspruch des hiesigen Militär-Kreisgerichts ist von dem zeitweiligen Kommandanten der Truppen des Petersburger Militärdistriktes, General Rodanda, mit einigen Milderungen bestätigt worden. Der Kaiser hat bei dreien von den fünf zum Tode verurtheilten Angeklagten, nämlich bei Schirajeff, Tichonow und Mladsky, die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Es sind übrigens bei den Behörden, ähnlich wie bei früheren Prozessen, sowohl Drohungen wie anonyme Warnungen eingelaufen, laut deren die Militärischen bei eventueller Vollstreckung der Todesurtheile einen neuen „Rachet“ gegen den Kaiser ankündigen resp. planen sollen. Man ist dieser Drohungen wegen hier übrigens durchaus nicht ganz ohne Besorgniß. (Berl. Tgl.)